

Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement und Politik

Maren Schreier

Vortrag anlässlich der Konferenz

„Gegen die soziale Spaltung der Stadt“ am 05.04.2011 in Bremen.¹

Mein Beitrag wird von einer zentralen Frage geleitet:

Was ist zu tun um Menschen, denen eine menschenwürdige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in vielen Bereichen verwehrt wird - und das betrifft, wie wir wissen einen Großteil der Menschen, die in den Bremer WiN-Quartieren wohnen – was ist also zu tun um ihnen Zugang zu Teilhabemöglichkeiten und gesellschaftlichen Ressourcen zu verschaffen, um ihnen Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit unserer Gesellschaft zurück zu geben und ihnen reale Mitsprache und Gestaltungsmacht auf *allen* politischen Ebenen – übrigens nicht nur in abgezielten Nischenbereichen - zu sichern?

Darüber möchte ich heute sprechen, denn auf diese Fragen gilt es gemeinsam Antworten zu finden wenn es um „soziale Spaltung“ und um die Möglichkeiten kommunalen Gegensteuerns geht. Ich werde also zunächst einen Blick auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge werfen, da dort die Auslöser und Steuerungsmechanismen von „Spaltung“ - bzw. von Ausgrenzungsprozessen, denn um diese geht es - zu verorten sind. Denn insbesondere die negativen Auswirkungen von Spaltung *zeigen* sich zwar (u.a.) in den Stadtteilen – das haben meine Vorredner ja bereits verdeutlicht - sie sind jedoch *politisch* verursacht. Diese Zusammenhänge sind entscheidend, wenn es um die Suche nach – oder die „Verortung“ von – Lösungsansätzen geht.

Am Beispiel des Konzepts „Quartiersmanagement“ werde ich anschließend aufzeigen in welche Widersprüchlichkeiten sich Stadtteilarbeit verwickeln kann, wenn sie diese Zusammenhänge aus dem Blick verliert.

Und abschließend wird mir das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit dazu dienen Ansatzpunkte für eine soziale Stadtentwicklung aufzuzeigen, die nicht an den Menschen vorbei agiert, sondern für eine Erweiterung ihrer Lebenschancen eintritt. Dafür, das ist meine zentrale These, muss sich Quartiersentwicklung *explizit politisch verorten*, damit sie nicht – wissentlich oder unwissentlich – dazu beiträgt, Ausgrenzungsprozesse zu verschleiern oder gar zu verschärfen.

¹ „Gegen die soziale Spaltung der Stadt. Möglichkeiten der Quartiersentwicklung und Bewohnerbeteiligung“. Organisiert von der Arbeitnehmerkammer Bremen in Kooperation mit der Senatorin für Soziales Bremen, der Projektgruppe Tenever, der GEWOBA, dem vdW Niedersachsen/ Bremen und dem Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V.

Für die Dokumentation wurde dieser Beitrag um zusätzliche Quellenbelege und Literaturverweise ergänzt.

I

Wenn wir über „soziale Spaltung“ und die Möglichkeiten eines Gegensteuerns in den Kommunen, in den Stadtteilen reden, dann ist der Blick darauf zu richten, was eigentlich Politik und Gesellschaft – und was Quartiersentwicklung, Quartiersmanagement oder auch Gemeinwesenarbeit damit zu tun haben.

Der Begriff „Spaltung“ wird häufig auf die Ebenen der Gesellschaft oder der Gesamtstadt bezogen. Mit welchen Begriffen man sie auch zu fassen sucht: „Segregation“, „Zerfall der Städte“, „Schere zwischen Arm und Reich“ – stets ist von einer „Trennung“ die Rede. Nun wäre es ja naheliegend, bezogen auf den durchaus aktiven Prozess einer „Spaltung“ den Blick auf die Ursachen – respektive die Verursacher_innen – zu richten. Oder auf die Prozesshaftigkeit von Ausgrenzung und Ausschluss.² Genau dies passiert jedoch selten. Stattdessen wird die konstatierte Trennung im (fach-)politischen und wissenschaftlichen Thematisierungskontext reproduziert: der Fokus wird zumeist auf *Auswirkungen* gerichtet, die allesamt a) selektiv und einseitig auf sehr kleinräumiger oder individueller Ebene verortet werden, womit zugleich b) Gefährdungsszenarien aufgerufen werden. So scheinen wahlweise der städtische oder der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht.³ Interessant ist nun, dass es keineswegs die sich durchaus unsolidarisch bereichernden Millionäre oder Eliten sind, die mit der Gefährdung des Zusammenhalts in Verbindung gebracht werden. Jedenfalls ist mir kein politisches Handlungsprogramm bekannt, das den Fokus hierauf richtet.⁴

Stattdessen transportieren Medien, politische Handlungsprogramme und auch fachliche Konzepte der Stadtteilentwicklung Problemzuschreibungen und Defizitdiagnosen, die sich zumeist sehr spezifisch auf kleinräumige Einheiten (Stadtteile, Quartiere) oder auf Menschen und ihre individuellen Verhaltensweisen richten.⁵

Hier werden also Stadtteile zum Problem, zu „benachteiligten Quartieren“, zu „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“, zu „sozialen Brennpunkten“ oder auch zu „Ghettos“, die zum einen Zeugnis ablegen für die Spaltung – diese Feststellung alleine wäre ja noch nicht so bedenklich – zugleich aber, und darauf komme ich noch zurück, werden diese Stadtteile zur „Gefahr“. Weil, so die rhetorische Schleife, hier – also auf der Ebene des Lokalen – der Zusammenhalt der

² Vgl. zur Vertiefung exemplarisch Anhorn et al. 2005, Bude 2010.

³ So schreibt z.B. die WELT bezogen auf eine Studie des DIW: „Als konkrete Gefahr sehen die Wissenschaftler (des DIW, M.S.) die Bildung von Armenvierteln in großen Städten.“ (<http://www.welt.de/wirtschaft/article8051490/DIW-Forscher-warnten-vor-Spaltung-der-Gesellschaft.html>, vom 15.06.2010).

⁴ Der PARITÄTISCHE Bremen hat aktuell ein Positionspapier vorgelegt, das sich sehr differenziert mit den Mechanismen und Folgen einer durchaus als unsolidarisch zu bezeichnenden Steuerpolitik befasst. Hier werden konkrete Forderungen aufgestellt, die den Fokus auf eine gerechtere Verteilung der Abgabenlast richten. Vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen 2011, auch online verfügbar unter: http://www.paritaet-bremen.de/_data/Soziale_Steuern_A4_Version_M_rz_2011_mit_Grafik.pdf; Zugriff am 06.04.2011

⁵ Vgl. exemplarisch die Auflistung unter <http://www.sozialestadt.de/programm/hintergrund/>, Zugriff am 03.04.11

Gesellschaft gefährdet sei. Sehr schnell kippt die Wahrnehmung und ehe man sich versieht, sind die Quartiere zu „Orten sozialer Ausgrenzung“ geworden, zu Gebieten, die durch eine „Mischung komplexer, miteinander zusammenhängender Probleme“ charakterisiert werden – und die nun ihrerseits den gesellschaftlichen (bzw. städtischen) Zusammenhalt bedrohen.⁶

Und wenn Quartiere zum Problem werden, dann geraten die in diesen Quartieren lebenden Menschen in den Sog dieser Problemrhetorik. Wie schnell und scheinbar harmlos das von statten gehen kann zeigt folgendes Beispiel: Auch Altkanzler Helmut Kohl warnte im letzten Herbst vor der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Er präsentierte auch gleich eine Lösung, die sich jedoch weniger auf die Politik der Regierungsparteien bezog als vielmehr auf einzelne Menschen – die „Ungebildeten“ und „Armen“. So war im Focus zu lesen: „Als Schlüssel, um diese Entwicklung [das Auseinanderdriften der Gesellschaft, M.S.] aufzuhalten, nannte Kohl die Bildung. Zum Wesen der Demokratie gehörten mündige Bürger. Mündig könne aber nur sein, wer ein Mindestmaß an Bildung habe.“⁷ Arme, so die implizite Logik, sind demnach ungebildet und unmündig und deshalb auch nicht fähig demokratische Prozesse mitzugestalten.

Sollte es nicht nachdenklich machen, dass im Sog der Spaltungs-Rhetorik die Menschen in gleichsam zwei Klassen geteilt werden: Auf der einen Seite die Leistungsträger, Produktive, Gebildete etc., die mit ausgebreiteten Armen empfangen werden, und auf der anderen Seite die irgendwie nicht mehr zugehörigen „Anderen“, die „Benachteiligten“ oder „Überflüssigen“? Manchmal entsteht der Eindruck, als ginge es um eine andere Spezies: ungebildet, unmotiviert und dann auch zu wenig engagiert; mit der falschen Herkunft, Muttersprache oder Hautfarbe und insbesondere dann auch potentiell kriminell veranlagt. Und hier schließt sich der Kreis zu den Programmen der Quartiersentwicklung. Denn wer sich einmal genauer mit den von oben vorgegebenen Zielen dieser Programmschienen – und hier denke ich v.a. an das Programm Soziale Stadt und seine Unterprogramme wie E&C, BIWAQ, auch an LOS oder „Stärken vor Ort“⁸ – auseinandersetzt, der oder die merkt schnell: Es geht bei weitem nicht nur auf dem Papier darum, in einem sehr kleinräumig abgezielten Bereich individuelle Verhaltensweisen, Kompetenzen, Motivation oder Aktivität zu fördern.⁹

⁶ Vgl. <http://www.sozialestadt.de/programm/hintergrund/>.

Eindrückliche Belege für diese Zuschreibungspraxis liefern zudem die gängigen Kartierungen von Regionen, Stadtbezirken oder Stadtteilen, die auf einer Gewichtung ausgewählter Sozialindikatoren („Benachteiligungsindizes“ oder „Stadtteilrankings“) beruhen, welche farblich markiert (i.d.R. dient die Signalfarbe „rot“ der Kennzeichnung „gefährdeter“ Gebiete, „grün“ findet für „unproblematische“ bzw. „positive“ Gebiete Verwendung) Zeugnis ablegen für Spaltungs- bzw. Ausgrenzungsprozesse; vgl. exemplarisch für Berlin http://www.morgenpost.de/multimedia/archive/00301/Grafik_Sozialatlas_301402a.jpg, Zugriff am 06.04.11.

⁷ http://www.focus.de/politik/deutschland/20-jahre-wende/cdu-festakt-kohl-warnt-vor-spaltung-der-gesellschaft_aid_558090.html, Zugriff am 03.04.11.

⁸ Vgl. www.sozialestadt.de; www.biwaq.de; www.los-online.de; www.staerken-vor-ort.de; www.eunc.de.

Implizit werden hier zwei Thesen unterstellt: Die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen hätten diverse Defizite, die sie an der Teilhabe hinderten. Und jede_r Einzelne könne sehr wohl dazu beitragen, nicht aus der sogenannten sozialen Hängematte fallen zu müssen. Motto: „Jeder ist seines Glückes Schmied – wer sich nur anstrengt, der oder die kann es schaffen!“¹⁰

Ich habe nun keineswegs vor, mit dieser Rede die vielen guten Projekte pauschal zu diskreditieren, die in den Bremer Quartieren umgesetzt werden. Und mir ist auch bewusst, dass sich insbesondere die Bremer Politik im Feld Sozialer Stadtentwicklung bemerkenswert gegen bundesweite Mainstream-Tendenzen stellt. Aber ich möchte schon ein bisschen aufrütteln und jenseits gängiger Best-Practice-Aufzählungen zum Innehalten und Nachdenken anregen, denn: Der Weg zu individuellen Schuldzuweisungen, zur Entsolidarisierung und auch zum Sozialrassismus ist nicht weit, wenn der verbreiteten Annahme, die Menschen müssten nur irgendwie etwas an ihrem Lebensstil oder an ihren Qualifikationen ändern um aus Perspektivlosigkeit, Prekarität oder Armut heraus zu finden, nichts entgegen gesetzt wird;¹¹ dies hat nicht zuletzt die populistisch geführte Debatte rund um das Sarrazin-Buch („Deutschland schafft sich ab“) offenbart, die in weiten Teilen rassistische und menschenfeindliche¹² Thesen und Zuschreibungen transportiert hat.

Und hier zeigt sich bereits ein erster Anknüpfungspunkt für eine soziale Stadt(teil)entwicklung. Da böte es sich an, so manche Programmvorgabe oder Verwaltungsrichtlinie kritisch in Augenschein zu nehmen und zu diskutieren: vor dem Hintergrund der oben genannten Zusammenhänge der Entstehung von Armut, Reichtum und Ausgrenzung und unter fachlich-professionellen, nicht zuletzt auch ethisch-moralischen Gesichtspunkten. Und zu fragen, ob wirklich alles „1:1“ so umgesetzt werden muss, wie es vorgeschrieben wird? Oder sich an der einen oder anderen Stelle einmal offensiv zu positionieren und zu sagen: Stopp! Wir machen das aber anders! Wir setzen Programme so um, wie es *unseren* fachlichen Standards,¹³ einem humanistischen Menschenbild, den Anliegen und Bedürfnissen der Menschen/ Akteure/ Netzwerke vor Ort und nicht zuletzt auch den lokalen Gegebenheiten, Strukturen und Traditionen entspricht!?

II

Um nun überhaupt zu wissen was richtig und wichtig ist vor Ort, möchte ich den Blick nun weniger auf die Programmvorgaben als vielmehr auf die Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten rich-

¹⁰ Vgl. zur Kritik dieses neoliberalen Menschenbildes Butterwegge u.a. 2008

¹¹ Vgl. zum Zusammenhang der Problematisierung von „Armen“, ihrer Verhaltensdispositionen und Sozialrassismus Klundt 2010.

¹² Vgl. die Ergebnisse des Forschungsprojektes zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, die seit 2002 von Wilhelm Heitmeyer unter dem Reihentitel „Deutsche Zustände“ im Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main veröffentlicht werden; einen Überblick insbesondere über die Definition gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bietet die Homepage des Forschungsprojektes: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/menschenfeindlichkeit.html>.

¹³ z.B. den Standards einer gemeinwesenorientierten Sozialen Arbeit, die den oftmals an ökonomischen Effektivitäts-, Effizienz- und Evidenzkriterien orientierten Programmvorgaben und Durchführungsverordnungen (insbesondere bei EU-Projekten) entgegen zu setzen wären.

ten. Denn hier werden die Auswirkungen von Ausgrenzungsprozessen real spürbar, und hier zeigen sich gleichzeitig Ansatzpunkte für eine politisch gewendete Quartiersentwicklung.

Die Erfahrung, mit anderen („den Erfolgreichen“) nicht mithalten zu können, selbst kaum oder keinen Einfluss auf eigene Lebensperspektiven und Zukunftschancen, aber auch keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben (vgl. Mansel/Heitmeyer 2010: 12ff.) scheint sich zu verfestigen: Da diese Perspektivlosigkeit erwiesenermaßen *strukturell vorproduziert* ist (vgl. ebd.: 13) sind konkrete Erfahrungen von Macht- und Nutzlosigkeit weit verbreitet. Dies wiederum kann zu massiven Existenz- und Zukunftsängsten führen, Resignation, Gefühle des Ausgeliefert-Seins und Apathie sind reale Folgen. Und zwar bei einem sehr hohen Anteil unserer Bevölkerung: „So sind z.B. annähernd zwei Drittel der Befragten in den abwärtsdriftenden (...) Regionen überzeugt, dass ‚Leute wie sie` (...) sowieso keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut“ (Mansel et al. 2010: 58f.). Der Kindheits- und Armutsforscher Michael Klundt hat letzte Woche auf einer Tagung in Bremen¹⁴ darauf hingewiesen, dass schon bei Grundschüler_innen, insbesondere bei denen, die in Armut aufwachsen, massive Zukunftsängste verbreitet sind. Dies belegen die Ergebnisse der World Vision Kinderstudie: „Nur 27% der Kinder glauben, dass Politiker häufig an Kinder denken und sich überlegen, was sie dafür tun müssen, dass es Kindern gut geht. Bei Kindern der unteren Bildungsschichten ist die Skepsis gegenüber der Politik noch größer.“ (World Vision Kinderstudie 2007, online unter: <http://www.spiegel.de/media/0,4906,16529,00.pdf>). Ein Großteil der Einwohner_innen „benachteiligter Gebiete“ glaubt also bereits nicht mehr daran, dass Politik in der Lage ist, ihnen eine gute, angstfreie Zukunft zu sichern. Das sind hoch bedenkliche Erkenntnisse, vor deren Hintergrund übrigens auch die häufig angeprangerte Zunahme von Frust, Wut, Aggression oder auch Respektlosigkeit insbesondere bei Jugendlichen in einem anderen Licht erscheinen sollte.

Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen: All die hier beschriebenen Auswirkungen sind nicht etwa unerwünschte Nebenprodukte politischer Entscheidungen. Armut und Ausgrenzung werden strategisch hergestellt, im Zusammenhang mit der Förderung von Reichtum und Vermögen: durch steuer- und wirtschaftspolitische Entscheidungen, in der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik.¹⁵ Und die Auswirkungen werden von den Verantwortlichen, aber auch von einem Großteil der Gesellschaft, sehenden Auges in Kauf genommen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur unzulässig sondern geradezu zynisch, wenn noch immer bei Einzelnen, bei Gruppen oder auch auf kleinräumiger lokaler Ebene die Lösung für Probleme gesucht wird, die ganz eindeutig und zudem unverhohlen auf anderer Ebene erzeugt werden.

¹⁴ „Armut und Soziale Arbeit“. Tagung des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Bremen (AKS), des Bremer Instituts für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V. (BISA+E), der Universität Bremen und des Zentrums für Migrant*innen und interkulturelle Studien (ZIS Bremen e.V.) am 30.04.2011 an der Uni Bremen, vgl. www.bisa-bremen.de/index.php?Tagungen; Zugriff am 03.04.2011.

¹⁵ Einen eindrücklichen visuellen Beleg liefert die von der GEW Hessen initiierte „Reichtumsuhr“, online verfügbar unter: <http://www.handlungsaehiges-hessen.de/fileadmin/redaktion-dateien/downloads/uhr.html>; zugriff vom 03.04.2011.

III

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie wir denn aber dennoch „im Kleinen“, „von unten“ gegenseitern können? Und – mindestens ebenso entscheidend – wie können wir verhindern, mit den Ansätzen der Stadtteilarbeit einfach nur zu „befrieden“?

Hier kommt nun das **„Quartiersmanagement“ („QM“)** auf den Prüfstand, denn ich glaube, dass dieses Konzept mehr verschleiert als erhellt. Weil es Widersprüche erzeugt, die vor Ort dazu führen können die oben beschriebenen Zusammenhänge von Ausgrenzung und Armut/Reichtum und dadurch die Ansatzpunkte für politisches Gegensteuern aus dem Blick zu verlieren.

Um es zuzuspitzen: Mit Management kommt man angesichts der vorherrschenden Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse nicht weiter! Wer soziale Problemlagen managen will, der entpolitisiert sie. Quartiersmanagement ist eine „Top-Down-Strategie“ (vgl. www.sozialestadt.de), die von oben vorgegebene Prozesse (wie Aktivierung oder Partizipation) und Ziele (wie „Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und „stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze“) managen und umsetzen soll (vgl. <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/endbericht/8.1.phtml>).

QM gilt als „Schlüsselinstrument integrierter Stadtteilentwicklung“¹⁶ es ist ein *Steuerungsinstrument*, nicht zuletzt verantwortlich für den „wirksameren Einsatz“ öffentlicher Mittel,¹⁷ das ganz direkt im Zusammenhang steht mit der Dezentralisierung politischer Verantwortung. Damit entspringt Quartiersmanagement *unmittelbar* den Prinzipien neoliberaler, aktivierender Sozialpolitik – eben jener Politik, die selektiert und ausgrenzt, die soziale Problemlagen individualisiert oder territorialisiert (vgl. exemplarisch Kessl/Otto 2007, Butterwegge et al. 2008, Dahme/Wohlfahrt 2010). Konsequenterweise folgen dann aber auch die Ziele vieler Stadtteilentwicklungsprogramme – implizit wie explizit – diesen Logiken.¹⁸

Damit wird QM zum „Scharnier“ und nicht zufällig zur „intermediären Instanz“. Quartiersmanager_innen sollen vermitteln, moderieren – eben *managen*.¹⁹ Das fängt bereits bei der Problemzuschreibung an: Wer oder was zum Problem erklärt wird²⁰ und was genau mit Problemlösung gemeint ist – das ist meist sehr genau von oben – in den Programmrichtlinien z.B. – vorgegeben. Und QM ist gehalten, diese Problemvorgaben als gegeben hinzunehmen. Das wirkt sich dann in mancher Praxis so aus, dass neu von oben vorgegebene „Problemgruppen“ überhaupt erst einmal im eigenen Quartier „gesucht“ werden. Vormalig „normale“ Bürgerinnen werden – bewusst oder unbewusst – im Sinne einer Programmlogik zur Zielgruppe umgedeutet. Dann geht es manchmal nicht mehr um Menschen oder Bürgerinnen, sondern um Bewohnerinnen, Benachtei-

¹⁶ <http://www.sozialestadt.de/programm/handlungsfelder/quartiermanagement-difu-veroeffentlichungen.phtml>.

¹⁷ <http://www.soziales.bremen.de/detail.php?gsid=bremen69.c.2891.de>

¹⁸ Vgl. ausführlich zu diesen Zusammenhängen die Beiträge in Dahme/ Wohlfahrt 2010.

¹⁹ Vgl. zu den durchaus kontrovers geführten Debatten um Rolle und Funktion von Quartiersmanagement die Beiträge unter www.stadtteilarbeit.de, auch Krummacher et al. 2003 bzw. Grimm et al. 2004.

²⁰ Zur Konstruktion sozialer Probleme vgl. Schetsche 2002.

ligte, Schwer-Erreichbare, Bildungsferne, um Migrantinnen, Alleinerziehende oder verhaltensauffällige Jugendliche – alle mit programmtauglichen Defiziten.²¹ Und es kann passieren, dass Menschen/ Gruppen funktionalisiert - und als Instrumente zur Erreichung bestimmter Ziele genutzt werden.

Weshalb nun problematisiere ich das hier? Schließlich ist es bekannt, dass auch unter dem Label „QM“ gewisse Umdeutungsstrategien, taktisches Verhalten, Gegeninterpretationen usw. möglich sind. Aber diese helfen meiner Erfahrung nach nur bedingt weiter. Stattdessen scheint es mir dringend notwendig zu sein, auf die Widersprüche und Konfliktfelder *offensiv* zu verweisen. Damit tritt Quartiersentwicklung dann allerdings in gesellschafts- und fachpolitische Diskussionen ein, die durchaus konflikträchtig sind.

IV

Ich möchte nun unter Bezugnahme auf ein in der Sozialen Arbeit „traditionelles“, allerdings zunehmend in Vergessenheit geratenes Konzept - der **Gemeinwesenarbeit (GWA)** - konkrete Ansatzpunkte für eine Quartiersentwicklung aufzeigen, die dazu beitragen kann, den von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen wieder zu mehr Teilhabe zu verhelfen.²²

GWA ist weniger eine Methode, als vielmehr ein Arbeitsprinzip – das in unterschiedlichen Feldern Anwendung finden kann. Der Bezugspunkt von GWA ist nicht primär der „problematische“ oder „benachteiligte“ Stadtteil – vielmehr geht es um die Menschen, um das Zusammenleben in der Gesellschaft, und hier speziell um das Aufzeigen und Verändern struktureller Ausgrenzungen, die den Menschen ihr Leben erschweren.

- GWA bringt ein grundsätzliches und wertschätzendes Vertrauen in die Menschen mit. Das ist eine Frage der Haltung, aber auch des Menschenbildes. Achtung, Respekt und Anerkennung sind zentrale Handlungsprinzipien.
- Ausgehend von dieser Haltung geht es GWA zunächst um das Sichtbarmachen der Bedürfnisse, Interessen, Anliegen, Rechte und Ansprüche von Menschen. Hier knüpft GWA dann auch unter den Stichworten „Partizipation“, „Aktivierung“ und „Vernetzung“ an – aber eben unter dem Fokus der Selbstbestimmung – nicht, um sich „top-down“ vorgegebene Ziele oder Strategien auch noch einmal „von unten“ bestätigen zu lassen.²³
- GWA kann also dazu beitragen „unterlegene Perspektiven zu stärken“ (Bitzan 2000: 335). Und auch da kann lokal viel getan werden! Hier ist Bremen gut aufgestellt dadurch, dass

²¹ Jüngstes Beispiel für die hier kritisierte steuerungs- und defizitorientierte, zudem primär ordnungs- und sicherheitspolitisch motivierte Herangehensweise ist das modellhaft in Niedersachsen erprobte Programm „Communities that Care“, vgl. <http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/de/Aktivitaeten?XAction=Details&XID=80>.

²² Die Darstellung des Arbeitsprinzips GWA kann hier nur rudimentär und verkürzt erfolgen. Zur Einführung bzw. Vertiefung vgl. Bitzan et al. 2005, Hinte et al. 2007, Schreier 2011 oder die Veröffentlichungen unter www.stadtteilarbeit.de.

²³ Vgl. hierzu auch Fraser 1994, Lüttringshaus/Richers 2007.

die lokalen Stadtteilgruppen – und mit ihnen die WiN-Koordinator_innen – sich explizit öffentlich und damit auch politisch äußern und darüber hinaus konsensual über die Verteilung der öffentlichen Mittel des Quartiersbudgets entscheiden können (vgl. Barloschky/Schreier 2005, Fritsche 2011).²⁴

- Entscheidend ist, und hier unterscheiden sich GWA und QM explizit – dass GWA darauf zielt, gesellschaftliche Konflikte, die hinter individuellen Notlagen, Scheitern, Perspektivlosigkeiten stehen, sichtbar zu machen. Dadurch werden sie politisierbar, und erst dann gibt es Möglichkeiten der Schaffung von Gegenmacht. Das funktioniert jedoch nicht „intermediär“: Gemeinwesenarbeit kommt dann nämlich auch einmal die Rolle zu, Proteste der „Betroffenen“ gegen (lokale) politische oder verwaltungsinterne Entscheidungen und Praktiken zu unterstützen; dann geht es darum, konkrete Notlagen und diskriminierende Strukturen zu skandalisieren und damit öffentlich diskutabel zu machen. Kurz: GWA ist bei Bedarf auch unbequem und sperrig; weniger „Öl“ als vielmehr „Sand“ im Getriebe.²⁵

V

Aus diesem zugegeben recht flotten Ritt durch Zusammenhänge, Widersprüche und Ambivalenzen der Produktion von Armut, Reichtum und Ausgrenzung und der Rolle von QM / GWA möchte ich abschließend folgende Forderungen ableiten:

- Es ist wichtig, auch und gerade aus der Erfahrung der Quartiersarbeit heraus öffentliche Diskussionsprozesse anzustoßen, die die unsägliche Tendenz in unserer Gesellschaft, „Andere“, das „Fremde“, das Störende“ auszugrenzen, zu stigmatisieren oder zu diskriminieren thematisieren.
- Der Fokus der Programmumsetzung ist sehr gezielt auf die Lebenswirklichkeiten und die individuellen Interessen und Bedürfnisse der vor Ort lebenden Menschen zu richten! Denn auch wenn es programmintern um Interessen- und Konfliktausgleich zwischen den Interessen *aller* relevanter Akteur_innen im Quartier (und „umzu“)²⁶ geht, sind die auch innerhalb der Quartiersakteur_innen sehr ungleich verteilten Macht- und Ressourcenverteilungen im Blick zu halten und entsprechend auszugleichen. Die Umsetzung in Bremen, insbesondere rund um die Stadtteilgruppen, hat hierfür bereits entscheidende Weichen gestellt, an denen unbedingt festzuhalten ist (vgl. Barloschky/Schreier 2005, Fritsche 2011).

²⁴Vgl. auch die Dokumentation „10 Jahre WiN“ unter http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/10_Jahre_WiN-Feier_Dokumentation2009.pdf.

²⁵ Zur Forderung nach einer (Re-)Politisierung der Gemeinwesenarbeit auch Stövesand 2002.

²⁶ Dazu gehören Mieter_innen und Eigentümer_innen, Wohnungsbaugesellschaften, freie Träger, öffentliche Verwaltung, lokale Politik, Vereine und Initiativen, Gewerbetreibende uvm.

- Bei aller Routine ist der Blick auf Ambivalenzen und Widersprüche zu richten, die mit politischen (Programm-)Vorgaben einhergehen (können). Sind diese erst einmal erkannt und damit thematisierbar, können Projekte und Strukturen der Stadtteilentwicklungsprogramme gezielt als Instrumente zur Ermächtigung und Partizipation der Menschen genutzt werden. Hier können gerade auf kommunaler Ebene offensiv Nischen und Spielräume erkundet und eingefordert werden.
- Und letztlich geht es darum ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der vorherrschenden Politik der Ausgrenzung nur dann etwas entgegen gesetzt werden kann, wenn denen, die von Ausgrenzung und Armut betroffen sind, reale Gelegenheiten zum Mitgestalten politischer Prozesse ermöglicht werden. Das erfordert an der einen oder anderen Stelle sicherlich eine Aufweichung von etablierten Macht- und Entscheidungsstrukturen. Die Erfahrungen, die Bremen bereits damit gemacht hat, sprechen jedoch dafür, dass sich das definitiv lohnt!

Literatur

Anhorn, Roland; Bettinger, Frank; Stehr, Johannes (Hg.) 2005: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden.

Barloschky, Joachim; Schreier, Maren, 2005: Quartierbudget – Ansätze und Erfahrungen am Beispiel des Programms WIN – Wohnen in Nachbarschaften in Bremen- Tenever. In: Sinning, Heidi (Hg.): Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund, S. 320-331.

Bitzan, Maria 2000: Konflikt und Eigensinn. Die Lebensweltorientierung repolitisieren. In: neue praxis, Heft 4, 30. Jg., S. 335–346.

Bitzan, Maria; Hinte, Wolfgang; Klöck, Tilo; May, Michael; Stövesand, Sabine 2005: Diskussionsbeitrag Gemeinwesenarbeit. Zusammengefasst von Fabian Kessl und Christian Otto, in: Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne; Frey, Oliver (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 529-557.

Bude, Heinz 2010: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Nördlingen.

Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf 2008: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden 2008, 2., verbesserte Auflage.

Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hg.) 2010: Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie. Baltmannsweiler.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen (Hg.) 2011: Für eine soziale Steuer- und Abgabenpolitik. Positionspapier des PARITÄTISCHEN Bremen. Bremen.

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Hg.) 2010: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. Im Brennpunkt: Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum. Heft II/2009. Berlin.

Fraser, Nancy 1994: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische

kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus. In: Dies.: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main, S. 249-291.

Fritsche, Miriam 2011: Partizipationsprozesse in Stadtumbauquartieren: die Beispiele Tenever in Bremen und Marzahn-Nord in Berlin. Dissertation, eingereicht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Erscheint im Sommer 2011 voraussichtlich unter dem Titel "Mikropolitik im Quartier" im VS-Verlag, Wiesbaden.

Grimm, Gaby; Hinte, Wolfgang; Litges, Gerhard 2004: Quartiermanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin.

Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter 2007: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim und München.

Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (Hg.) 2007: Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen & Farmington Hills.

Klundt, Michael 2010: Kinder in der Zerreißprobe. Zwischen Sozialpolarisierung, Sozialstaatsabbau und Sozialrassismus. In: BDWI, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Forum Wissenschaft, Kinder und Jugend, Ausgabe 4/2010; Marburg. Online verfügbar unter: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/4238199.html>; Zugriff vom 03.04.2011.

Krummacher, Michael; Kulbach, Roderich; Waltz, Viktoria; Wohlfahrt, Norbert 2003: Soziale Stadt- Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen.

Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille (Hg.) 2007: Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn.

Mansel, Jürgen; Heitmeyer, Wilhelm 2009: Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum – Ein Überblick zum Forschungsstand. In: Deutsches Institut für Urbanistik GmbH: a.a.O., S. 5-20.

Mansel, Jürgen; Legge, Sandra; Heitmeyer, Wilhelm 2010: Prekarität, Deprivationserleben und Armut in wirtschaftlich prosperierenden und in abwärtsdriftenden Regionen. In: Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, a.a.O., S. 51-66.

Schetsche, Michael 2000: Wissenssoziologie sozialer Probleme. Grundlegung einer relativistischen Problemtheorie. Wiesbaden.

Schreier, Maren 2011: Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Perspektiven eines Arbeitsprinzips. In: Straßer, Gert (Hg.): Soziale Arbeit in Deutschland und Russland (Arbeitstitel). Im Erscheinen.

Stövesand, Sabine 2002: Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung? Online verfügbar unter: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/gwa-quartiermanagement/115-gemeinwesenarbeitquartiersentwicklung.html>

Kontakt:

Maren Schreier - Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V. (BISA+E)

schreier@bisa-bremen.de

www.bisa-bremen.de